

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal zzgl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Sophienstraße 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro Spaltzeile 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Dr. 17

Stuttgart, den 26. April 1902

18. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Der wieder in Broschürenform auszugebende Jahresbericht für 1901 wird in Bälde zum Versandt gebracht. Da die Druck- und Versandtkosten wegen dem ziemlich großen Umfang des Berichts sehr hoch zu stehen kommen, der Bericht aber unentgeltlich an die Mitglieder abgegeben wird, so dürfte es sich empfehlen, möglichst sparsam mit dessen Abgabe umzugehen. Wir wollen damit sagen, daß nur an diejenigen Mitglieder der gedruckte Jahresbericht abgegeben werden soll, welche diesen zu besitzen wünschen. Um nun den Bedarf an Exemplaren für jeden Ort festzustellen, ersuchen wir die Bevollmächtigten, umgehend das hierzu Nötige zu veranlassen und die Zahl der benötigten Exemplare bis zum 8. Mai an uns bekannt geben zu wollen.

2. Bei der Zahlstelle Cottbus ist die Verabreichung von Arbeitslosenunterstützung an durchreisende Mitglieder bis auf Weiteres aufgehoben.

Der Verbandsvorstand.
I. A.: A. Dietrich.

Zu unserem Feiertag.

Die Skepsis, der Zweifel, gewinnt keine Schlachten. Wie ihr Gegenstück: das blinde Draufgängertum, wird sie in den allermeisten Fällen ein Gemüß in dem thätigen Fortschreiten einer Sache. Und verächtlich ist sie da, wo sie als jenes kalt lächelnde Gespenst erscheint, das mit spöttischen Worten aller freudig schaffenden Begeisterung entgegentritt und mit dem Gipfel ihres Zweifels zugleich die höchste Höhe der Erkenntnis erklimmen zu haben meint. Was sich in den verstaubten Schubfächern so gearteter Hirne nicht als „praktisch bewährte Erfahrung“ vorfindet; was, wie unsere Maidemonstration nach Zielen strebt, deren Verwirklichung keine Ähnlichkeit mit den bekannten gebratenen Tauben hat, die einen ohne sein Zutun in den Mund fliegen, das ist dem vollendeten Skeptiker „Utopie“, „Illusion“ — „vernunftwidrig“. Jene, die alle Selbsttäuschung durch das auf die Spitze getriebene „kritische Denken“ überwunden zu haben glauben, sind in Wahrheit ebenso sehr Freunde wie die, welche meinen, daß die Mauern des modernen Jericho, des gegenwärtigen Gesellschaftssystems, mit radikalen Redensarten umgeblasen werden können. Die Ersteren übersehen, daß das Zustandekommen von Erfolgen — besonders in der Arbeiterbewegung — noch von anderen Kräften abhängt als denen der nur verstandesgemäßen. Um es möglichst in ein Wort zu fassen: die Gemüthselemente bleiben außer Ansatz.

Seiber sind es nicht nur die Gegner der Arbeiterbewegung, die jenen im Stillen wirkenden Triebkräften verständnislos und spottend gegenüberstehen — auch in den eigenen Kreisen tauchen hin und wieder Meinungen auf, die auf einer

Untererschätzung des menschlichen Seelenlebens basieren und unsere große Volksbewegung zu einem kaufmännischen Rechenexempel machen, in mathematische Formeln zwingen möchten, was seiner ganzen Natur nach etwas viel Größeres, Umfassenderes, Inhaltvolleres ist.

Bekanntlich ist gerade die Maifeier ein beliebtes Angriffsobjekt der Skeptiker, wenigstens derjenigen außerhalb unserer Sphäre. Aber trotz allen blasirten Geredes: die Feiertage der Arbeiter, insbesondere das Maifest, sind mehr als bedeutungslose Vergnügungen und Leere Demonstrationen; es sind fruchtbare, aufreißende Stunden, die mit ihrer Freude, ihren Anregungen eine herzerfrischende Wirkung ausüben und die im alltäglichen Daseinskampfe leichter abhanden kommende Zuversicht neu erwecken und stärken. Aus ihnen auch erhebt sich die Lust und Wille zur That und die Entschlossenheit, für das als richtig Erkannte mit allen Kräften einzustehen — und somit auch in die Praxis zu übersehen, was zunächst nur Wunsch, nur Absicht ist.

Und giebt es einen schöneren, sinnvolleren Zeitpunkt im ganzen Jahre, diese Absicht, diesen Wunsch, sowie den Willen zur Durchführung demonstrativ zu bekunden, als den ersten Tag des Monats, der gewissermaßen der endgiltige Zwang der tyrannischen Winters ist? Und ist Ostern das Fest der Auferstehung in der Natur — Sieger ist erst der Mai. Er, der vielbesungenste, gepriesenste, beliebteste Monat des Jahres von altersher ist das Symbol der Liebe, Schönheit und Lebensfreude.

Und in dem Bewußtsein des Anrechtes auf diese Lebensfreude wurzelt auch die Forderung der internationalen Arbeiterschaft: der gesellige Achtstundentag!

Das ist eine Forderung, die nicht abhängig ist von der Beseitigung des kapitalistischen Systems überhaupt: eine liberale Regierung bezw. Volksvertretung könnte ihn dekretieren, ohne befürchten zu müssen, dadurch den „Zusammenbruch“ der gepriesenen Gesellschaft herbeizuführen. Und wäre es den sich arbeiterfreundlich gebardenden bürgerlichen Parteien ernst mit ihrer oft betonten, leider aber allzu selten bethätigten Fürsorge für das Wohl der „unteren Volksklassen“ — sie müßten ihn durchsetzen. Sie müßten freudig die Gelegenheit ergreifen, um die Angriffe zu widerlegen, welche jene Herrschaften beschuldigen, nur Spiegelschere zu treiben und gar nicht den Willen zu haben, etwas tiefer Eingreifendes zu thun. Sie müßten! Aber sie ziehen es vor, mit den läppischsten Argumenten gegen diese Forderung zu wüthen. Sie bringen ihre Fürsorge in moralischen Befürchtungen zum Ausdruck, die sich wohl am besten in dem Sprichwort zusammenfassen: „Nüßiggang ist aller Laster Anfang.“ Nun — sie müssen es ja wissen. Vielleicht fällt es Manchem von ihnen schwer, seine Zeit auf eine anständige Weise todzuschlagen — und es ist auch sehr wahrscheinlich, daß, wenn wir den achttündigen Normalarbeitstag hätten, es diesem und jenem Arbeiter ähnlich gehen und er seine Aufgabe in einer gesteigerten Förderung der

Brau- und Brennindustrie sehen würde. Sintermalen ja die herrschenden Moralkeze andauernd dafür sorgen, daß der Arbeiter von klein auf zwar mit Gebirgsbuchverfen und Bibelprüchen vollgepfropft, mit anregendem Wissen aber möglichst verschont wird.

Es ist etwas Mührendes um jene Sorgen, jene väterlichen Befürchtungen der Bourgeoisie! Alle ihre „Gründe“ athmen den Geist des Vormundes und die zitternde Besorgnis einer Großmutter. Schade, daß wir verstockt genug sind, ihr dafür nicht zu danken. Daß wir uns vielmehr bedanken für die etwas merkwürdige Güte, die aus solchen Mähchen herausguckt, und daß wir es unter sothanan Umständen vorgezogen haben, selber laufen zu lernen!

Wenn es den berufenen parlamentarischen Vertretern des Volkes bisher nicht gelungen ist, diesbezügliche einschneidende Maßnahmen zu erzielen, so liegt das nicht an ihnen, sondern erstens an der gekennzeichneten Art von Arbeiterfürsorge, wie die Mehrheitsparteien sie treiben, und dann an denjenigen Arbeitern, die eben noch nicht laufen gelernt haben — politisch und gewerkschaftlich nämlich. Diesen in ihrer Unselbständigkeit und Unbeholfenheit beizustehen — in beiderseitigem Interesse! — ist Pflicht Derjenigen, die wissen, worauf es ankommt. Und das Maifest bietet gerade auch für die Indifferenten eine gute Gelegenheit, in den Bereich der modernen Arbeitergedanken gezogen, von diesen ergriffen und zu ihren Vorsehern gemacht zu werden. Gewiß besteht der „Stamm“ der Festtheilnehmer in überwiegendem Maße aus Denen, die überall dabei sind, aber ebenso sicher ist, daß der Gleichgiltige, der zu muthlos oder bequem war, sich ernstlich um seine eigenen Interessen zu kümmern, viel eher von den festlichen, Begeisterung durchwehten Veranstaltungen gepackt wird, als von einer Agitationsversammlung.

Die Gewinnung neuer Mitstreiter, die Ausbreitung und Vertiefung unserer Prinzipien aber darf nie ruhen, wenn die Lebenden sich wenigstens noch einiger Früchte ihrer Thätigkeit erfreuen sollen. So ungünstig die Dinge ja hauptsächlich auf politischem Gebiet liegen — das einst so stolz hinausgegelnde Schiff der Sozialreform ist zum Brack geworden —, so wenig brauchen wir bezüglich unserer gewerkschaftlichen Thätigkeit zu verzweifeln. Damit soll nicht etwa die politische Thätigkeit als nebenächlich bei Seite geschoben werden. Aber die praktischen, greifbaren Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet, namentlich die erreichten Arbeitszeitverkürzungen weisen doch darauf hin, daß von hier aus ein näherer Weg zu unserem Ideal, dem Achtstundentag, führt, daß vernünftlich die Gesetzgebung einst nur wird festlegen müssen, was ökonomisch schon errungen wurde.

Wie jeder Fortschritt zu einem menschenwürdigeren Dasein trotz der Destillenweisheit unserer Gegner im Allgemeinen auch ein Fortschritt in geistiger und sittlicher Beziehung geworden ist, so wird auch der Achtstundentag in noch größerer Maße die Kräfte frei machen, welche nützlich sind,

um nach des Tages Arbeit andauernd und bewußt zu höheren Zielen zu streben. Und da haben wir denn auch gleich einen der Hauptgründe, warum die Verkürzung der Arbeitszeit den Unternehmern die verhassteste Forderung ist: sie wissen, daß hier der Hebel ruht, mittelst dessen der Arbeiter in eine freiere und — anspruchsvollere Sphäre gehoben wird; daß, wenn es nicht fortwährend im Joch, das „Arbeitsvieh“ zum Menschen wird und selbständig zu denken beginnt; daß dieses Denken zumeist sich nicht mehr in einer dem Unternehmer angenehmen Richtung bewegt, sondern als ein in wirtschaftlichen und politischen Fragen gegnerischer Faktor auf den Plan tritt. Jeder in diesen Fragen einigermaßen durchgebildete Arbeiter, mag er in seinem Auftreten noch so höflich und besonnen sein, ist dem Unternehmertum ein größerer Greuel, als zehn unklare Schreier. Man fürchtet die aufsteigende Macht des Arbeiterwissens und die daraus logisch entspringende Eroberungskraft.

Diese ist es, welche heute ihre Stimme erhebt und den Wiederhall findet in Dorf und Stadt, in allen Erdtheilen, wo kapitalistische Kultur ihre Zelte aufgeschlagen.

Und wie diese Kultur trotz aller chauvinistischen Phrasen in der That eine internationale ist, so ist es auch die von modernen Anschauungen durchdrungene Arbeiterschaft. Was sind der Arbeit die Grenzen? Ihr, die überall das Stiefkind dieser Erde ist? Was sind ihr die Kriege, die Land und Menschen verwüsten um des Besitzes willen? Gegen das planmäßige, bestialische Massenmorden protestirt heute das Volk und es tauscht brüderliche Grüße aus mit Allen, die gleich ihm das Banner des Völkerfriedens erhoben haben.

Wäre noch ein Beweis nöthig, wie ernst es den Proletariern mit dem Weltfrieden ist, man brauchte nur an die Absicht der Amsterdamer Gasenarbeiter, den englischen Seehandel wegen des Krieges mit Transvaal zu boykottieren, erinnern. Ueber die Ausführbarkeit jenes Projekts kann man denken wie man will —, jedenfalls steht es als Willenszeichen einer aufsteigenden Macht in historischer Bedeutung da. Von hier aus führen Fäden in eine vielleicht noch ferne Zukunft, die zwar kein Skeptiker und Fatalist kommen sehen wird, die aber nichtsdestoweniger im Werden ist und heute von Millionen sehnsuchtsvoll herbeigewünscht wird. Ihr den Weg zu ebnen, ist eine der geschichtlichen Aufgaben des Proletariats.

Die Arbeiterschaft muß und wird sich den Glauben an sich selber und die Größe ihrer Mission bewahren trotz der oft kleinlichen, niederdrückenden Ereignisse des Tages. So frei und tolerant sie aller Forderungen und den Eigenheiten der einzelnen Individualitäten gegenüber sein muß, so sehr sie sich immer mehr entfernen muß von der Phrase und dem die eigene Stärke überschätzenden Kraftmeierthum, so energisch muß sie dem blaferten, mäkelnden Sceptizismus die Thüre weisen, der uns die segenvolle Freudigkeit im Thun mit kurzfristigen Spott verwehrt will.

Und wenn heute in einem entlegenen Dorfe nur Zwei oder Drei sind, die es wagen, die Parole des ersten Mai auszusprechen; wenn der Lohn diese vorgeschobenen Posten mit verständnißlosen Redensarten bedeckt, so mag es diesen unserer Kameraden zu desto freudigerem Bewußtsein kommen, daß hier Hunderte, dort Tausende, und in den Großstädten Hunderttausende sich ihnen im Geiste verbinden, mit ihnen eines Sinnes, eines Herzens sind!

Zum Gewerkschaftskongress.

II.

Der Antrag Hamburg zum „Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte“ geht von der Erwägung aus: daß wir absolut keine Ursache hätten, unsere Beamten zu versichern, da sie sich sehr gut selbst versichern könnten, ebenso gut könnten unsere Mitglieder dies Recht der Versicherung gegen Alter

und Glend für sich in Anspruch nehmen, wie die von ihnen angestellten Beamten.

Diese Begründung ist unzweifelhaft an sich richtig, denn auch in dem Entwurf der General-Kommission werden die Organisationen, welche die Hälfte des Beitrags für ihre Beamten entrichten sollen, als Arbeitgeber betrachtet. Die Organisation, oder, um in unserem Verufe zu bleiben, unser Verband ist nicht etwa ein hartherziger Unternehmer, der in einem Vierteljahr sein Vermögen um schwere 16 000 Mk. vermehrte und sich mit seinen Arbeitern oder Beamten wegen Lumpiger 135 Mk. Beiträge zu einem Pensionsfonds herum-balgte, sondern dieser Organisationsarbeitgeber ist eine Gesellschaft von 10 000 armen Teufeln, deren Durchschnittsverdienst in den weitaus meisten Fällen lange nicht das Durchschnittseinkommen ihrer Beamten erreicht. Und wo in aller Welt findet man denn Arbeitgeber, und seien sie die humansten, welche ihren Beamten erkens einen weit höheren Gehalt als ihr eigenes Einkommen beträgt, zahlen und obendrein noch eine Pensions-, Witwen- und Waisenunterstützung zur Hälfte garantiren, an welche Wohlthaten sie weder für sich noch ihre Angehörigen denken können?

Wie wir der staatlichen Alters- und Invaliditätsversicherung durchaus sympathisch gegenüberstehen und nur an ihr die bethelhaftesten Unterstützungsfälle vor allen Dingen als ungenügend rügen, aber jedenfalls uns nie dazu verstehen würden, einer kleinen, schon besser gestellten Schicht der Arbeiter höhere Unterstützungsfälle zuzubilligen, ebenso gut läßt sich die Vorlage der General-Kommission wohl kaum mit rein ethischen Gründen oder durch den Appell an das hartherzige Arbeitgeberthum begründen. Es steckt somit in dem Antrag Hamburg mit seiner Begründung der gesunde Kern des „gleichen Rechts für Alle“. Zum Mindesten kann man es begrüßen, wenn die ganze Sache auch mal von dieser Seite aus betrachtet wird, zumal im Hinblick auf Geschehnisse der letzten Zeit, die hier nicht in breiter Ausföhrlichkeit besprochen werden können, von denen aber als lehrreiches Beispiel: wie ein Theil unserer Gewerkschaftsbeamten denkt, die Auslassungen des Genossen Bruno Börsch in der „Sozialen Praxis“ Platz finden mögen. Börsch beschwert sich darüber, daß die Arbeiter die geistige Arbeit nicht zu würdigen vermöchten und belegt dies unter Anderem mit der in einer Sitzung geäußerten Ansicht eines Metallarbeiters, der es nicht hätte begreifen können, wie sein vorsehender Ingenieur besser entlohnt würde als er, da doch die Arbeit des Ersteren eine angenehmere wie die seine sei. Aus dieser Mißachtung geistiger Arbeit wäre leicht die Thatsache herzu-leiten, daß in den Kreisen der Gewerkschaftsbeamten z. B. der Bernsteinianismus so viele Anhänger gefunden hätte; überdies würde auch hierdurch wieder bewiesen, daß „der Arbeiter der schlechteste Arbeitgeber sei“. Ich glaube ja gern, daß der Platz für solche Ausführungen nicht besser gewählt werden konnte, als in dem Organ für scheinbare Sozialreform und setze ohne Weiteres die verständnisvolle Zustimmung der Herren von und um Berlepsch voraus, ebenso wird eine angemessene Entlohnung dieser geistigen Arbeit nicht ausgeblieben sein, besser jedenfalls wie sie von den ungebildeten Arbeitern bewerteth worden wäre.

Aber trotz der Exzellenzen für Umsturzvorlagen und Sozialreform muß ich mich im Wesentlichen mit dem betreffenden Metallarbeiter einverstanden erklären, da die Arbeit eines Metallarbeiters eben so notwendig ist und die ganze Kraft des Mannes in Anspruch nimmt, wie die des Ingenieurs; der Unterschied besteht lediglich darin, daß der Ingenieur mehr mit dem Gehirn zu arbeiten gezwungen ist, während der Metallarbeiter mehr die Muskelkraft in Anwendung zu bringen hat. Womit freilich noch lange nicht der Gegenbeweis erbracht ist, daß der Metallarbeiter nicht ebenso gut die Thätigkeit des Ingenieurs erfüllen würde, wenn er bei der Wahl seiner Eltern die richtige Vorsicht bewiesen oder, anstatt in die Volksschule zu laufen, die Bänke des Gymnasiums abgewischt hätte. Da nun aber derartige Kleinigkeiten unseren freien Selbstbestimmungsrecht entrückt sind, es außerdem ja nicht bloß Ingenieure oder nur geistige Arbeiter geben kann, so sehe ich nicht ein, weshalb die daraus herzukleitende Folgerung: „Gleicher Lohn

für Alle“ nicht vor dem Richterstuhl der Gerechtigkeit sollte bestehen können. Mit dieser meiner Anschauung befinde ich mich in sehr guter Gesellschaft, da alle Utopisten, die uns mit mehr oder minder genialem Pinsel das Zukunftsbild einer besseren Gesellschaftsordnung entworfen haben, es als eine schreiende Ungerechtigkeit bezeichnen, wenn in unserer von „Gott eingesetzten Gesellschaftsordnung“ die allerunangenehmsten Arbeiten am schlechtesten entlohnt werden, während die Exzellenzen, welche Umsturzgesetze und Zuchthausvorlagen fabriciren, zu der Kategorie der bestbezahltesten Arbeiter gehören. Der Fall des Sozialisten Börsch ist daher als ein Rückfall in die bürgerliche Denkweise zu charakterisiren, der übrigens nicht vereinzelt dasteht. Hat man es doch erleben müssen, wie Gehaltserhöhungen von Konsumvereinsbeamten, die weit über das Durchschnittseinkommen des früheren „gewöhnlichen Industriearbeiters“ hinausgingen, von sozialistischen Arbeitern mit genau denselben Argumenten begründet wurden, mit denen die bürgerlichen Nationalökonomien das höhere Einkommen „der geistig arbeitenden Hauptleute der Industrie“ verfechten.

Nach dieser, für den hausbackenen Verstand scheinbaren Abschweifung komme ich zu dem Antrag Hamburg zurück, indem ich denselben trotzallem nicht zur Nichtschmür für das Verhalten unserer Wähler und Delegirten zum Gewerkschaftskongress gemacht haben möchte.

Nicht etwa, weil ich die Thätigkeit unserer Beamten für ganz besonders aufreibend halte — denn den zugegebenen größeren Prozentsatz an Nervenkrankheiten unter den geistigen Arbeitern überhaupt, steht eine ganze Schaar anderer, aus dem Berufsleben der Muskelarbeiter resultirender Krankheiten gegenüber — sondern aus Erwägungen folgender Art: Wir befinden uns noch nicht in der von uns angeführten Gesellschaftsordnung, welche unseren Idealen entspricht, sondern überall stoßen sich unsere Prinzipien an den zwar unternünftigen, aber noch feststehenden Wänden der kapitalistischen Gesellschaft, deren Gesetzen wir mehr oder minder zu gehorchen gezwungen sind.

Allgemach ist der neue Beruf der Gewerkschaftsbeamten, Arbeitersekretäre, Konsumvereinsbeamten u. s. w. entstanden. Erwählt man aber einen Beruf, so will man selbstverständlich darin seine Versorgung haben; ein Bestreben, welches ebenso wenig für die Gewerkschaftsbeamten eine Schande ist, wie für Jeden unter uns. Daß aber viele Gewerkschaftsbeamte nach der diesbezüglichen Behauptung des Kollegen Schlegel-Hamburg ihre Stellung „nur“ als Versorgung betrachten sollten, ziehe ich schon deswegen in Zweifel, weil die meisten davon erst in langjähriger, unbesoldeter Thätigkeit gezeigt haben dürften, daß für sie die eigene Versorgung erst in letzter Linie in Frage kam. Abgesehen hiervon ist der Gewerkschaftsbeamte als ein qualifizirter Arbeiter zu betrachten, dessen „Massenproduktion“ schon unsere völlig ungenügenden Volksschulverhältnisse verhindern. Es sind bedauerlicherweise nur Wenige, die sich zu höherer Bildung, als sie die Volksschule uns einzumühen vermag, emporzuschwingen und da diese Wenigen, wenn sie „nur“ auf Versorgung ausgehen, in der bürgerlichen Gesellschaft größere Chancen auf eine solche haben werden, als wie sie die Arbeiterschaft zu bieten vermag, so sind wir verpflichtet, sie als qualifizierte Arbeiter höchster Stufe zu entlohnen und festzuhalten, nicht minder haben wir durch Aussicht auf gute Löhne die fähigsten Köpfe in unseren Reihen anzuspornen, mit ihrem Pfunde so zu wuchern, daß ihnen eine Stelle als Gewerkschaftsbeamter jeder Zeit übertragen werden kann. Da wir Buchbinder nun noch nicht von uns behaupten können, unsere Beamten über das Einkommen (einer, wenn auch nicht zahlreichen, so doch vorhandenen Zahl) qualifizirter Arbeiter unseres Berufs entlohnt zu haben, da wir ferner in Berücksichtigung ziehen müssen, daß unser Verbandsvorsitzender jahrelang seine Arbeiten vor der Befolgung nach Feierabend erledigen mußte, und wenn ich es zuguterleht für undenkbar halte, daß unsere Kollegen jemals einen im Dienste des Verbandes ergrauten Beamten, wenn er sonst seine Schuldigkeit gethan, entlassen würden, ohne einigermaßen seinen Lebensabend sicher gestellt zu haben — so bitte ich den Antrag Hamburg abzulehnen. Die Kosten dieser Humanität sind übrigens so gering, daß es verfehlt wäre, die Wahl

oder die Stellung eines Kollegen zum, bezw. auf dem Kongress von dem Antrag Hamburg abhängig zu machen, da der Beitrag für je einen Versicherten nur pro Jahr in 1. Klasse (für Beamte mit über 2000 Mk. Gehalt) 90 Mk. und in 2. Klasse (für solche unter 2000 Mk. Gehalt) 60 Mk. beträgt. Davon würde die Organisation nur die Hälfte zu zahlen haben, in Folge dessen wir augenblicklich für drei Beamte in Stuttgart jährlich 45 Mk. und $2 \times 30 = 105$ Mk. und 30 Mk. für den Beamten in Berlin aufzubringen hätten, also Summa-Summarum 135 Mk. jährlich.

Dafür würden unsere Beamten versichert sein mit:

1200 Mk. (in 1. Kl.) } jährlich. Invalidenunterstützung,
 900 = { = 2. = }
 600 = { = 1. = }
 450 = { = 2. = } = Witwenunterstützung,

Waisenunterstützung: a) für vaterlose Waisen 1. Klasse 120 Mk., 2. Klasse 90 Mk. jährlich; b) für vater- und mutterlose Waisen 1. Klasse 240 Mk., 2. Klasse 180 Mk. jährlich.

An dieser Versicherung sollen nicht bloß die Gewerkschaftsbeamten theilnehmen, sondern auch die Beamten der freien Hilfskassen, sowie die Redakteure der Arbeiterpresse.

Ich hoffe, daß die Vorschläge der Generalkommission auf richtigen Voraussetzungen beruhen, ist das der Fall, so würden in der That mit geringen Mitteln große Resultate erzielt, außerdem zeigten wir unseren Unternehmern, wie den auf schiefher Bahn befindlichen Kritikern, daß das zehntausendköpfige Ungeheuer von Arbeitgeber, trotz aller seiner Fehler, schon jetzt seinen Arbeitern das gewährt, was es seinen einzelnen Gliedern erst in unberechenbarer Zukunft erringen wird.

E. Kloth.

Zur Hamburger Resolution!

Raum, daß diese Resolution das Licht der Oeffentlichkeit erblickt hat, ist prompt eine Entgegnung in Nummer 15 der „Buchbinder-Zeitung“ erfolgt. Da weitere in Aussicht gestellt sind, so wird es Zeit, diese Resolution etwas näher zu begründen.

Vielleicht ist diese Begründung geeignet, die im entgegengesetzten Sinne getroffenen Vorbereitungen zu „stoppen“ oder wenigstens zu veranlassen, daß sich die Kollegen mit der Sache befassen.

Wie alle Kongresse, so bringt auch der Gewerkschaftskongress eine Menge Anträge, die mit dem stereotypen Satze beginnen: „Der Gewerkschaftskongress resp. die Generalkommission wird beauftragt u. f. w.“, denen mit der Ueberweisung an die Generalkommission in der Regel eine Art besseres Begräbniß bereitet wurde.

Anders erging es dem Antrag des Schlossermeisters Deisinger-Hamburg auf dem dritten Gewerkschaftskongress (Frankfurt 1899). Dieser Antrag beauftragt die Generalkommission, die Schaffung von Einrichtungen einzuleiten, die den Gewerkschaften die Möglichkeit gewähren, die Pensionirung ihrer Beamten durchzuführen.

In Nr. 44 des „Korrespondenzblattes“ vorigen Jahrgangs ist der Entwurf sammt Begründung hierfür erschienen.

Die aufgewendete Mühe, Arbeit und wohl auch Kosten bezeugen, daß der Generalkommission die Pensionirung der Beamten selbst sehr am Herzen liegt. Daraus soll der Generalkommission an sich kein Vorwurf gemacht werden.

Nach dem Entwurf handelt es sich um einen Unterstützungsfonds für die vollbesoldeten Beamten derjenigen Gewerkschaften, die der Generalkommission angeschlossen sind. Er bezieht sich auf eine Invalidenpension, Witwenpension, Erziehungsbeitrag für Waisen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr und einem Sterbegeld.

Dagegen ließe sich nun nichts einwenden. Mögen sich die Beamten so viel und so hoch versichern, wie sie wollen, wenn sie die Kosten dafür selbst aufbringen. In der Begründung wird aber gesagt: „Für den Aufbau der Einrichtung war zu entscheiden zwischen einem Fonds der beteiligten Organisation und Arbeitgeber der Angestellten, der für die Gewerkschaften obligatorisch sein mußte, oder einem auf freiwilligem Beitritt der

Angestellten begründeten Unterstützungsfonds. Obwohl nicht zu verkennen war, daß der erstere Modus größere Gewähr für die Zukunft böte und auch besser der moralischen Pflicht der Arbeitgeber, für die Sicherheit ihrer Angestellten zu sorgen, entsprach, so war man sich doch der Schwierigkeiten bewußt, die die Durchführung einer obligatorischen Beteiligung und Beitragspflicht der Organisationen verursachen würde. Die Generalkommission entschied sich daher u. f. w. u. f. w. . . für den freiwilligen Beitritt der Angestellten, hielt aber an dem Grundsatze fest, daß darauf hinzuwirken sei, die Organisationen und Arbeitgeber zur Uebernahme des halben Beitrags zu verpflichten.“

Auf ein verständliches Deutsch übersetzt, heißt das: Wir wollen für uns Beamte eine Extrabeststellung schaffen. Die ganzen Kosten den Gewerkschaften aufzubürden, wird wohl zu viel Opposition machen, ergo verlangen wir vorerst nur die Hälfte. Darauf werden die guten Arbeiter schon anbeißen, und haben sie sich einmal daran gewöhnt, so kann man weiter gehen.

Da hört doch einfach Alles auf!

Angeichts der überaus traurigen wirtschaftlichen Zustände, wo Tausende und Abertausende Arbeiter nicht wissen, wie sie ihr elendes Dasein fristen sollen, wagt man den Arbeitern eine solche Vorlage zu bieten. Angeichts der Thatsache, daß die Beamten durchgehends bedeutend besser gestellt sind als die weitaus größte Zahl auch der Arbeiter, die das seltsame „Glück“ genießen, das ganze Jahr Beschäftigung zu haben, die durchgängig besser gestellt sind, als sie es vorher in ihrem bürgerlichen Beruf waren, wagt man es, vom Arbeiter die Hälfte der Kosten zu fordern und von einer moralischen Verpflichtung zu sprechen, die ganzen Kosten zu tragen. Und das lediglich um einer Extrawurst willen für die Beamten.

Wenn sich dagegen nicht das Gefühl eines denkenden Arbeiters empört, wenn das nicht die zahlreichen Arbeitslosen mit der tiefsten Erbitterung erfüllt, dann weiß ich nicht, was noch kommen muß, um die Erregung der Arbeiter zu entfachen.

Es wäre gut, wenn die Beamten (ich meine jetzt nur die, die dieses Projekt ausgearbeitet haben) von ihrem hohen Piedestal herabstiegen und zur Abwechslung wieder einmal auf dem Bau, in der Fabrik oder in der Werkstatt schaffen, das würde abkühlend wirken und vermutlich bewirken, daß ihnen das Gefühl für den proletarischen Kampf wieder kommt. Für Viele mag diese Zeit schon recht lange zurückliegen, da darf es nicht Wunder nehmen, wenn ihnen jenes Gefühl im Laufe der Jahre verloren gegangen ist.

Der ganze Entwurf bezeugt mir von Neuem, daß sich nach und nach innerhalb der Arbeiterbewegung eine besondere Beamtenkaste herausbildet. Das ist eine Gefahr für die Arbeiterbewegung. Denn wie der Satte das Gefühl des Hungers nicht kennt, so wenig wird eine Beamtenkaste mit dem Proletariat fühlen, denken und handeln.

Interessant ist ferner, wie versucht wird, die Gewerkschaften zu Arbeitgebern zu stempeln.

Die Angestellten der Gewerkschaften sind durchaus keine Beamten. Das Verhältnis ist in Wahrheit so, daß die Gewerkschaften als eine Vereinigung vieler zu einem gemeinsamen Zwecke behufs Erreichung oder Durchführung dieses Zweckes die volle Arbeitskraft einzelner Persönlichkeiten benötigen. Diese zu vergebenden Posten sind Ehrenposten, und nur vertrauenswürdige Personen werden dazu gewählt. Die Gewerkschaften zahlen ihnen dafür, daß sie während dieser Zeit ihrem bürgerlichen Beruf nicht nachgeben können, eine angemessene Entschädigung. Das ist die Stellung der Gewerkschaftsangestellten; nicht mehr und nicht weniger!

Zum Arbeitgeber, der moralische Verpflichtungen gegen seine Angestellten hat, gehört ein auf dem Eigentum basirendes Unternehmen, das auf Erzeugung von Mehrwerth gerichtet ist und daher alle Merkmale der kapitalistischen Produktionsweise an sich trägt. Das trifft bei Zeitungsunternehmen, Buchhandlungen u. f. w. zu, niemals aber bei Gewerkschaften. Also mit dieser Art ökonomischer Beweisführung soll man uns besser versehen. Man mag einwenden: Es sei kein hoher Betrag, man könne die kleine Summe schon übernehmen;

ferner: Man müsse die Angestellten, die ihre halbe Lebenszeit dem Aufbau der Organisationen gewidmet haben, im Alter gegen Sorge und Noth sicher stellen u. f. w.

Dagegen ist zu erwidern: Erstens ist der Betrag gar nicht so gering und, da die Angestellten so bezahlt sind, daß sie es selber zahlen können, liegt gar kein Grund vor, ihnen die Hälfte abzunehmen.

Zweitens bin ich gar nicht dagegen, in besonders bedürftigen Falle und da, wo der Betreffende wirklich etwas Außergewöhnliches geleistet hat, ihm eine entsprechende anständige Versorgung zuzubilligen. Aber das soll die eigene Gewerkschaft entscheiden, nicht aber der „Beamtenverband“.

Und drittens verdanken die Größe und den Einfluß eines Verbandes die Angehörigen desselben nicht in erster Linie denen, die in der Oeffentlichkeit oder in den Versammlungen hervortreten, sondern denen, die in unermüdlicher, zäher Agitation von Mund zu Mund in den Werkstuben und im Freundeskreise die eigentliche Arbeit verrichten und dieserhalb oft genug aufs Pflaster gestrichelt werden, die aber selten in der Lage sind, eine Maßregelung nachzuweisen oder auch zuständig sind, die Unterstützung ihrer Kollegen zu beantragen.

Nach alledem möchte ich nur wünschen, daß sich die Verbandskollegen der Hamburger Resolution anschließen und nur für solche Kandidaten stimmen, die erklären, gegen dieses Projekt zu stimmen.

Von unserem Verbandsvorstand darf man wohl erwarten, daß er sich gegen dieses Projekt erklärt. Er wird damit nicht isolirt dastehen, sondern sich in sehr guter Gesellschaft befinden, denn der Vorstand eines der größten und bedeutendsten Arbeiterverbände Deutschlands (Sitz Hamburg) hat bereits erklärt, daß er gegen dieses Projekt ist.

Daß überhaupt ein solches Projekt ausgeheckt werden konnte, findet seine Erklärung lediglich in dem Umstand, daß auf diesen Gewerkschaftskongressen die Beamten dominiren, außer ihnen fast nur solche Delegirte in Betracht kommen, die Beamte zu werden bald erhoffen oder erstreben.

Hamburg.

H. Schlegel.

Nachschrift!

Noch bevor vorstehende Begründung der „Hamburger Resolution“ in der Zeitung erscheinen konnte, ist im „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission eine längere Kritik, die sich mit den Hamburger Buchbindern im Allgemeinen und mit meiner Benignität im Besonderen befaßt, erschienen. (Abgedruckt in letzter Nummer der „Buchbinder-Zeitung“.)

Da ist es mir wohl gestattet, noch Einiges hinzuzufügen.

Anlässlich der Hamburger „Affordmauerangelegenheit“ schrieb Genosse Legien im „Korrespondenzblatt“, nicht genau wörtlich, aber dem Sinne nach, daß beispielsweise der Herr Reichstagsabgeordnete Auer seit Jahren die Praxis übe, bezwärtige Sachen aufs persönliche Gebiet überzuleiten, wo es ihm leicht sei, seine Gegner zu entwaffnen u. f. w. — Wenn Genosse Legien resp. die Generalkommission, vorausgesetzt, daß sie mit dieser Kritik im „Korrespondenzblatt“ einverstanden war und ist, etwas Selbstkritik besitzt, so wird es ihr nicht schwer fallen, einzusehen, daß sie hier daselbe thut, was sie seinerzeit dem Herrn Abgeordneten Auer zum Vorwurf machte. Oder steht vielleicht diese Kritik auf einem höheren Niveau, nur weil sie von der hohen Warte der Generalkommission ausgeht? Ansonst sind die gebrauchten Ausdrücke wie: Die Neuerungen seien für die Gesamtheit unserer Gewerkschaftsleiter gerabezu beleidigend, man möge diesen eine Versicherung, Mangel an Gerechtigkeit, der sich gegen die eigenen Klassengenossen und Vertrauensmänner richtet, Beschimpfung für aufreibende Thätigkeit, unmotivirte Beleidigungen u. f. w. u. f. w., auch nicht in Knigges Buch „Umgang mit Menschen“ zu finden und überdies nicht einmal wahr, denn um die Kernfrage geht der Artikelschreiber im „Korrespondenzblatt“ vorsichtiger Weise herum. Nicht gegen die Versicherung an sich richtet sich die Resolution (das ist deutlich aus der letzteren zu erkennen), sondern gegen den Versuch, den Arbeitern die moralische Verpflichtung aufzuerlegen, die Kosten für diese Beamtenversicherung

ganz oder wenigstens zur Hälfte zu tragen. Auf welcher Seite ein größerer Mangel an Gerechtigkeit vorherrscht, bei mir oder bei denen, die trotz der nicht wegzuleugnenden Tatsache, daß mit verschwindend wenig Ausnahmen die weitaus große Zahl der Arbeiter, von den Arbeiterinnen ganz zu schweigen, weit um ein Drittel hinter dem Durchschnittseinkommen der Gewerkschaftsbeamten zurücksteht, und trotzdem dafür eintreten, daß diese schlechter gestellten Arbeiter die Kosten für eine abermalige Verbesserung der schon an sich besser gestellten Beamten tragen sollen — das zu beurteilen, überlasse ich getrost dem gesunden Sinne der Arbeiter.

Interessant ist jedenfalls noch, daß der Artikelschreiber die Invalidentät und Altersrente, besonders die Beitragspflicht der Arbeitgeber, als besonderen Vorzug der Arbeiter preist; von dieser Seite sollte man doch erwarten können, zu wissen, daß jene Beiträge der Arbeitgeber erst durch die Arbeiter verdient werden. Die Arbeiter würden wohl gern auf den ganzen Segen der Invalidentät und Altersversorgung verzichten, wenn sie erst einmal Aussicht hätten, ihr Einkommen auf die gleiche Höhe zu bringen wie das der heutigen Gewerkschaftsbeamten. Damit will ich aber durchaus nicht gesagt haben, daß ich ihnen ihr Gehalt nicht gönne, sondern ich gönne ihnen von Herzen eine anständige und auskömmliche Besoldung und halte die heute übliche auch nicht für zu hoch. Ich halte aber an dem Grundsatz fest, daß mit dem Steigen der Lebenslage eines Berufs auch das Steigen des Gehaltes der Beamten gleichen Schritt halten muß. Nicht aber, daß die Beamten einen besonderen Verband mit besonderen, nur ihnen zu Gute kommenden Versicherungen gründen. Wenn die Beamten unabhängig vom Fortschritt ihrer Gewerkschaft ihr besonderes Interesse zu wahren vermögen, so haben sie logischerweise nicht mehr das Interesse am Fortschritt der Organisation der Arbeiter, und das halte ich für eine Gefahr, die den Gewerkschaften droht. Gar aber die Kosten dafür ganz oder auch nur zum Teil auf die Arbeiter abzuwälzen, das ist ein Hohn auf die demokratische Arbeiterbewegung.

Mit der Hilflosigkeit der Gewerkschaftsbeamten, die der öffentlichen Unterstützung anheimfielen, und den angeblichen Sympathiebezeugungen für diesen geplanten Unterstützungsfonds mag sich imponieren lassen, wer Lust hat und wer — naiv genug dazu ist. In Wahrheit ist ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft begreiflicherweise nicht damit einverstanden. Die Meisten scheuen sich aber, ihrer Empfindung Ausdruck zu geben, weil sie wissen, daß in diesen „hohen Regionen“ absolut keine Kritik vertragen werden kann, auch nicht die „allerloyalste“, „in Ehrfurcht erhabende“, sondern sich auf den unglückseligen Kritikus ein bräunendes Unwetter entladet, als abschreckendes Beispiel für etwaige Nachfolger und „Nachbeter“.

Der Obige.

Unsere Stellungnahme zum 4. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands und Anträge zu demselben.

(Referat von C. Grimm-Hamburg.)

Laut Beschluß des Frankfurter Gewerkschaftskongresses im Jahre 1900 findet alle drei Jahre ein allgemeiner Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands statt. Der diesjährige Kongreß, welcher am 16. Juni in Stuttgart stattfindet, wird für uns von ebenso großer Bedeutung sein, wie seine Vorgänger, und wird wieder eine weitere Etappe in der deutschen Arbeiterbewegung bedeuten. Die Tagesordnung ist auch diesmal eine sehr umfangreiche und wird für deren Erledigung sechs Tage vorgegeben. Nach der uns vorliegenden Tagesordnung scheinen größere Veränderungen der bisherigen Positionen nicht vorgegeben zu sein. Nach dieser Seite hin dürften die Punkte 5, 6 und 8 der Tagesordnung von voranschreitender Bedeutung sein, indem dieselben die Tätigkeit und rechtliche Stellung der Arbeitersekretariate, ferner die Arbeitslosenstatistik und Arbeitslosenversicherung und im Weiteren die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation zum Gegenstand der Diskussion haben werden, welche manche Neuerungen auf organisatorischem Gebiet mit sich bringen dürfte. Insbesondere wird die gegenwärtige Wirt-

schafskrise und deren unheilvollen Folgen für die deutsche Arbeiterschaft gebührend beleuchtet werden, um in die so sehr ins Schneckentempo gerathene Sozialreform des Deutschen Reiches wieder etwas mehr Leben zu bringen. Da die Sozialreform in unserem lieben Vaterland noch sehr viel zu wünschen übrig läßt und trotzdem vorläufig von Seiten der Regierungsorgane nichts nach dieser Richtung zu erwarten ist, so müssen wir uns allmählig in Gewerkschaftskreisen mit dem Gedanken vertraut machen, selbstthätiger wie bisher in das innere Wesen und Getriebe der Sozialreform einzugreifen. Trotz der großen Wirtschaftskrise und der eminenten Arbeitslosigkeit, welche dieselbe hervorgerufen, hält man die Zeit noch nicht für gekommen, Mittel und Wege zu suchen, wie diesem Massenelend in geeigneter Weise begegnet werden kann. Trotz der 500 000 Arbeitslosen, welche gegenwärtig im Deutschen Reich ohne Brot und ohne Arbeit sind, haben die letzten Debatten im deutschen Reichstag bewiesen, daß die regierungsfreundlichen Parteien, das Unternehmertum der Groß- und Kleinindustrie der gegenwärtigen Misere immer noch kein rechtes Verständnis entgegenzubringen im Stande sind. Das deutsche Unternehmertum steht immer noch auf dem schon längst widerlegten Standpunkt, daß durch eine allzu weitgehende Sozialreform die deutsche Sozialreform zu sehr belastet und dem Ausland gegenüber konkurrenzunfähig gemacht werden könnte, obwohl das konkurrierende Ausland in verschiedenen Punkten der Sozialreform weiter voran ist, wie das Deutsche Reich. Institutionen, wie Arbeitsämter, Arbeitslosenversicherung, kommunale oder paritätische Arbeitsnachweise u. s. w. können nur fruchtbar auf Industrie und Handel wirken, indem dieselben die Intenstität und Energie der deutschen Arbeitskraft ganz bedeutend fördern und heben wird. Sicher ist, daß gerade durch eine weitgehende Sozialreform und gesunde Arbeiterschutzgesetzgebung die Konkurrenz mit dem Ausland bedeutend gehoben und die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie einen ungeahnten Aufschwung im Deutschen Reich nehmen wird. Denn in einem gesunden Körper wohnt auch ein guter Geist und dieser gute Geist würde sich unfehlbar inmitten der ganzen deutschen Nation fühlbar machen. Wie anders aber ist es gegenwärtig? Unter den 500 000 Arbeitslosen sind mindestens die Hälfte verheiratet. Rechnet man eine Familie durchschnittlich zu 5 Köpfen, so beweist das, daß gegenwärtig nahezu 1 1/2 Millionen Menschen im Deutschen Reich ohne Brot sind. Da müssen keine wohlthätigen Stiftungen, da müssen erstere Repressivmaßregeln ergriffen werden, wenn man derartigen, in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft zu Tage tretenden Mißständen ernstlich begegnen will. Können oder wollen die Kommunen die Noth und den gegenwärtigen Zustand nicht ändern oder lindern, so gebe man der deutschen Arbeiterschaft das schon längst garantierte unbeschränkte Koalitionsrecht, dann wird sich die deutsche Arbeiterschaft Institutionen schaffen, welche sie vor dem wirtschaftlichen Elend bewahren wird! Neulich ging ein furoremachender Artikel durch die Tageszeitungen der „Amerikanischen Presse“ der „Neuen Welt“, in welchem die deutsche Nation als die große, tonangebende Nation der Welt gepriesen wurde; wenn dies wahr ist, so müssen demgemäß unsere Aufgaben in sozialer Hinsicht auch dementsprechend größere sein, als die anderer Nationen. Es ist deshalb auch total verkehrt, wenn man in Deutschland das Fortschreiten der so viel gepriesenen Sozialreform stets mit derjenigen des Auslandes in Parallele zu stellen sucht. Ein Kultur- und Industriestaat ersten Ranges, wie ihn das Deutsche Reich zu repräsentieren sucht, hat auch dementsprechende Aufgaben zu lösen und muß naturgemäß auch an der Spitze einer wohl durchdachten, sozialökonomischen Wirtschaftspolitik stehen und dementsprechende Maßregeln ergreifen, indem alle diese für die deutsche Arbeiterschaft wichtigen sozialpolitischen Institutionen geschaffen werden, wie solche seinerzeit der kaiserliche Erlaß in Aussicht genommen hatte. Da nun aber aus den Debatten der verschiedensten parlamentarischen Körperschaften des Deutschen Reiches klar und deutlich ersichtlich ist, daß wir nach dieser Richtung vorläufig nichts zu erwarten haben, so müssen sich die deutschen Arbeiterorganisationen selbst dazu auf-

raffen, selbstthätig Hand anzulegen, indem sie Institutionen zu schaffen suchen müssen, welche denjenigen von Seiten des Staates geforderten Institutionen voll und ganz entsprechen — alles, was die deutsche Arbeiterschaft bis heute errungen, mußten wir durch schwere Gewerkschaftskämpfe erringen, und das wird auch in Zukunft unser Loos sein. Das soll und muß die Hauptaufgabe, „die Parole“ des 4. Kongresses der deutschen Gewerkschaftsorganisationen sein. Wir machen deshalb Gebrauch von der Aufforderung der Generalkommission, indem die Zahlstelle Hamburg des Deutschen Buchbinderverbandes den in Stuttgart stattfindenden Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands folgende Anträge unterbreitet, um dieselben reichlich zu erwägen und eventuell zum Beschluß erhebt.

Die vorliegenden Anträge werden gleichzeitig ein Probirstein sein, inwieweit die Gewerkschaften Deutschlands gewillt sind, ihre Geschicke selbst in die Hände zu nehmen. Beweisen die Gewerkschaften Deutschlands, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung noch nicht reif, noch nicht genügend erstarkt ist, um vorliegende Probleme lösen zu können, so wird es Aufgabe der einzelnen Zentralorganisationen sein müssen, nach dieser Richtung selbstthätig vorzugehen. Wir unterbreiten hiermit den Bruderorganisationen unsere Anträge zur sorgfältigen Prüfung und suchen wir auf gemeinschaftlicher Grundlage etwas Gutes und Dauerndes für die deutsche Gesamtarbeiterschaft zu schaffen. Unsere Anträge lauten:

Antrag 1. Der in Stuttgart tagende vierte Gewerkschaftskongreß erteilt der Generalkommission den Auftrag, eine Eingabe an die deutschen Bundesregierungen zu richten, in welcher die Abstellung aller Mißstände des Submissionswesens von Seiten des Staates gesetzlich geregelt und insbesondere die Buchhausarbeit im Interesse der deutschen Industrie auf die minimalste Grenze des freien Wettbewerbs eingeschränkt resp. verboten wird.

Antrag 2. Der Gewerkschaftskongreß wolle beschließen: Die in der Generalkommission vereinigten Gewerkschaften Deutschlands gründen einen Unterstützungsfonds in der Form einer Zuschußkasse auf zentralistischer Grundlage, aus welchem die Gewerkschaftsgenossen im Falle der Arbeitslosigkeit, Krankheit, Sterbefall und dauernder Erwerbsunfähigkeit unterstützt, resp. auf bestimmte Zeit eine Unterstützung gewährt werden kann.

Antrag 3. Der Gewerkschaftskongreß wolle beschließen: In allen Orten, wo Gewerkschaftskartelle bestehen, freie Arbeitsämter mit Anschluß eines einheitlich organisierten Arbeitsnachweises sämtlicher am Orte befindlichen Gewerkschaftsorganisationen zu errichten. Gleichzeitig fällt denselben die Aufgabe zu, alle Arbeiten, welche die am Orte befindlichen Kartelle zu lösen haben, zur Ausführung zu bringen. Die Verwaltung und Kontrolle steht unter der Regie der Kartelle. Die Unterhaltungskosten dieser Institution tragen die Kartelle, welchen die Aufgabe obliegt, die erforderlichen Geldmittel prozentual von den am Orte befindlichen Organisationen zu erheben.

(Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Zugzug fernhalten nach Flensburg und Dresden, Kartonnagearbeiter nach Braunschweig und Galanteriearbeiter nach Göppingen (S. A.).

Hamburg. Unsere Generalversammlung fand am 19. April d. J. mit folgender Tagesordnung statt: 1. Thätigkeits- und Kassenbericht. 2. Wahl eines Bevollmächtigten. 3. Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß. 4. Stellungnahme zur Matfeier. 5. Innere Vereinsangelegenheiten. Der Bevollmächtigte, Kollege Hundt, gab den Thätigkeitsbericht: Im 1. Quartal d. J. fanden statt: eine ordentliche und eine außerordentliche Generalversammlung, sowie fünf Mitgliederversammlungen. Die Ortsverwaltung erledigte ihre Geschäfte in acht Sitzungen inklusive einer kombinierten Sitzung in Gemeinschaft mit dem Gauverband. Vorträge fanden drei statt, die folgende Themata behandelten: „Der praktische Lederschnitt und der Dilettantismus“, gehalten von Kollege Pöhlke; „Die Portefeuillefrage“, von Kollege Kistler, und „Der Gewerkschaftskongreß“, von Kollege Grimm. Der

Besuch der Versammlungen ließ viel zu wünschen übrig. Viele Kollegen glauben mit der Bezahlung des Beitrags ihrer Pflicht genügt zu haben, wir hoffen, daß eine Wendung zum Besseren eintritt. Auf dem Gebiet der inneren Agitation wurde eine solche unter den Unorganisierten in Aussicht genommen, die mittels Zirkular und unserer Agitationsbroschüren heranzuziehen versucht werden sollen. Auch wurde eine Agitation unter den hiesigen Stuis- und Lederarbeitern in Angriff genommen, welche hoffentlich gute Erfolge nach sich ziehen wird. Die Ortsverwaltung beabsichtigt ferner, eine Reorganisation des Vertrauensmännerystems in die Wege zu leiten, da in dieser Beziehung eine große Laugeit unter den Vertrauensleuten Platz gegriffen hat. Mehrfach vorgekommene Verstöße gegen die tariflichen Vereinbarungen zwangen uns, wiederholt den zugereisten Kollegen unseren Minimaltarif in Erinnerung zu bringen. Die Mitgliederzahl beträgt am Schlusse des 1. Quartals 280 männliche und 102 weibliche, total 382. Aus dem Kassenbericht geht hervor, daß die Einnahme der Verbandskasse infolge des Kassenbestandes am Schlusse des 4. Quartals (358,36 Mk.) 1843,16 Mk. beträgt. An die Zentralkasse abgeführt sind 1000 Mk. Die Ausgabe beläuft sich auf 560,49 Mk. Demnach bleibt am Orte ein Bestand von 282,67 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse beträgt 780,19 Mk., die Ausgabe 588,70 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 191,49 Mk. Der Bericht vom Arbeitsnachweis ergibt folgendes Resultat: Im verfloffenen Quartal waren arbeitslos 90 Gehilfen mit 1357 Tagen und 33 Arbeiterinnen mit 434 Tagen. Stellenangebote für Gehilfen sind erfolgt 30 am Orte und 5 nach auswärts; davon wurden 29 am Orte besetzt und 3 auswärts. Für Arbeiterinnen wurden 30 Stellen gemeldet, wovon 26 besetzt wurden.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung erklärte Hundt, daß er aus Gesundheitsrücksichten das Amt des Bevollmächtigten nicht weiter führen könne. Von den vorgeschlagenen Kandidaten Borst, Grimm, Küster und Welle wurde sodann Küster als Bevollmächtigter gewählt.

Bei der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress tritt Schlegel für die kleinen Zahlstellen ein; diese würden bei allen Gelegenheiten in den Hintergrund gedrängt; es sei eine Forderung der Gerechtigkeit, daß auch die Kandidaten der kleinen Städte berücksichtigt würden. Er empfiehlt der Versammlung die Wahl des Kollegen Grönhoff-Elberfeld, welche auch Blich befürwortet. Aus dem Wahlakt gingen als gewählt hervor: Grönhoff-Elberfeld mit 29 Stimmen, Grimm mit 28 und Brückner-Berlin mit 14 Stimmen.

Zum Punkt „Maifeier“ tritt Grimm für die Maifeier ein, während Dostal, Borst und Welle sich dagegen wenden. Schlegel hebt den ursprünglich großartig gedachten Kern der Maibemonstration hervor, wendet sich aber ebenfalls entschieden gegen die Maifeier. Es wurden drei Anträge gestellt. Der Antrag Grimm, möglichst an der Maibemonstration teilzunehmen, wird angenommen. Der zweite Antrag Grimm, eine Maifeier zu erheben, abgelehnt. Der Antrag des Vorsitzenden, den Arbeitslosen, die am Festzug teilzunehmen, eine Unterstützung von 2 Mk. für den Tag zu gewähren, wird angenommen. — Unter inneren Vereinsangelegenheiten bringt Grimm die in der Zeitung abgedruckte Entgegnung der Generalkommission auf unsere Resolution in Sachen der Beamtenversicherung zur Sprache und hält es für notwendig, der Generalkommission die Gründe, die uns zur Annahme der Resolution bewegen haben, und die in einem Zeitungsbericht ja nicht so ausführlich angegeben werden können, auseinander zu setzen. Schlegel wendet sich gegen die persönlichen Ausfälle der Generalkommission gegen unsere Zahlstelle und hält die Entgegnung nur für einen Einschüchterungsversuch, was ja auch die Thatsache beweise, daß verschiedene Kollegen innerhalb unserer Zahlstelle schon einen bedenklichen Rückzug angetreten hätten. Er weist auf seinen Artikel, der in nächster Nummer erscheine, hin, und meint, man solle abwarten, was die Generalkommission hierzu sagen werde. Es sei ihm nicht um die Beamtenversicherung an und für sich zu thun, sondern um die ungeliebten Folgen, die diese Einrichtung für die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung im Gefolge haben werde. Wenn ein Beamter sich wirklich um seine Gewerkschaft ver-

dient gemacht habe und im Dienste derselben ergraut sei, so sei trotzdem die Gewerkschaft noch in der Lage, eine angemessene Pension auszuwerfen. Blich wendet sich gegen die veröffentliche Resolution mit dem Bedauern, in der betreffenden Versammlung nicht anwesend gewesen zu sein. Er betont, schon früher gegen die Ansichten Schlegels in diesem Punkte aufgetreten zu sein und hält es für eine Pflicht der Arbeiter, für ihre Beamten und Angestellten das einzuführen und zu bewilligen, was sie ihrerseits von ihren Arbeitgebern verlangen und fordern. Es sei eine Leiber oft zu beobachtende Thatsache, daß die Arbeiter die schlechtesten Arbeitgeber sind. Borst spricht sich in längeren Ausführungen im Sinne Schlegels aus. Voigtländer stellt den Antrag, die Ortsverwaltung zu beauftragen, eine kurze Erklärung in der Zeitung zu veröffentlichen, worin die Angriffe der Generalkommission gegen unsere Zahlstelle ganz entschieden zurückgewiesen werden; es sei doch eine falsche Insinuation, wenn uns der Vorwurf einer Beschimpfung der Gewerkschaftsleiter gemacht wird. Solches habe die Versammlung doch keinesfalls beabsichtigt. Es wird beschlossen, mit einer solchen Erklärung noch zu warten.

Berlin. Montag den 1. April fand die Branchenversammlung der Stuisarbeiter statt, welche leider nur schwach besucht war. Brückner hielt einen Vortrag über die Bedeutung der Genossenschaften für die Arbeiter, welcher den Beifall der Versammlung fand.

Zweiter Punkt der Tagesordnung war unsere Stellungnahme zur Maifeier. Friederici führt dazu folgendes aus: der 1. Mai ist für uns ein besonders bedeutungsvoller Tag, als ja am 1. Mai 1900 der Grundstein gelegt wurde für die Stuisarbeiterbewegung und von dem Tage an gehören die Berliner Stuisarbeiter dem Verband an. Später ist dann bei unserer Bewegung die Forderung auf Freigabe des 1. Mai bewilligt worden. Der Tag habe somit für uns eine doppelte Bedeutung, er legt der Versammlung folgende Resolution vor:

„Die am 7. April tagende zahlreich besuchte Versammlung der Werkstubevertrauensleute aller Branchen der Zahlstelle Berlin erklärt:

Die würdigste Feier des 1. Mai ist die durch Arbeitsruhe.

Die Anwesenden verpflichten sich, dahin zu wirken, daß überall, wo es ohne besondere wirtschaftliche Schädigung möglich ist, die Arbeit ruht.

In den Werkstätten, in denen sich zwei Drittel der organisierten Kollegen und Kolleginnen für Arbeitsruhe aussprechen, hat die Vertrauensperson beim Chef auf Freigabe des Tages zu wirken.

Alle Diejenigen, welche gezwungen sind, am 1. Mai zu arbeiten, verpflichten sich, bei einem Wochenverdienst bis 15 Mk. 20 Pf., bis 24 Mk. 40 Pf., über 24 Mk. 60 Pf. zum Zweck der Unterstützung arbeitsloser Kollegen zu zahlen.

Dieser Betrag wird durch eine Marke im Mitgliedsbuch quittiert und ist am Sonnabend mit dem fälligen Beitrag einzuziehen.“

Sodann wurden noch einige interne Angelegenheiten erörtert und ersucht Friederici die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß die nächste Branchenversammlung besser besucht wird.

Erfurt. Die in unserer Generalversammlung vom 12. d. M. zunächst vorgenommene Wahl der Gewerkschaftskongress-Delegierten ergab folgendes Resultat. Es erhielten Stimmen: Albert-Zwickau 14, Falck-Offenbach 12, Grimm-Hamburg 10, Brückner-Berlin 7, Lux-Dortmund 5 und Hindsfleisch-Kiel 1 Stimme.

Sodann giebt der Kassirer Flect den Kassenbericht vom ersten Quartal, welcher sich folgendermaßen gestaltet: Verbandskasse: Einnahme 152,15 Mark, Ausgabe 134,26 Mk., Bestand 17,89 Mk. Lokalkasse: Einnahme 76,94 Mk., Bestand vom vorigen Quartal 153,22 Mk., Ausgabe 24,71 Mk., Bestand 205,45 Mk. Mitgliederstand am 1. Januar 1902: 41, zugereist 7, abgereist 17, Bestand 31 Mitglieder. Die Neuzugeworbenen teilten mit, daß die Kasse in bester Ordnung befunden worden war, und auf deren Antrag wurde dem Kassirer Decharge erteilt.

Hierauf gab Finemann den Kartellbericht, aus welchem u. A. zu entnehmen war, daß die geplante Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats vom Kartell vorläufig zurückgestellt worden ist, da sich die größeren Organisationen bezüglich der Beitrags-

leistung hierzu ablehnend verhielten. Betreffs der Lokalfrage berichtete v. Lojewski, daß den Gewerkschaften in nächster Zeit ein besseres Lokal zur Verfügung gestellt werden würde. Dieser Fortschritt ist freudig zu begrüßen, da die bisherigen Räume viel zu wünschen übrig ließen. Sodann wurde die Frage aufgeworfen: Wie gedenken wir den 1. Mai zu feiern? Smolny führte aus, daß es die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht angebracht erscheinen lassen, daß alle Kollegen an diesem Tage die Arbeit ruhen lassen können; es sollen daher diejenigen, welche gezwungen sind, zu arbeiten, 10 Prozent ihres Tagesverdienstes an die Maifeierkommission abführen. Ein diesbezüglicher Antrag wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß der Zahlstellen- und der Gauvorstand wieder eine rege Agitation unter den Kartonnagenarbeitern betreiben soll. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten wurde die von 18 Mitgliedern besuchte Versammlung geschlossen.

Leipzig. Die am 12. April stattgefundene öffentliche Versammlung der Einzelmitglieder des Verbandes sollte zunächst den dritten Reutervortrag des Herrn Heimig entgegennehmen. Da aber der Referent noch nicht erschienen war, so wurde zunächst über den zweiten Punkt der Tagesordnung verhandelt: Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress und Wahl der Delegierten, und nimmt Plätze hierzu das Wort. Er führt etwa Folgendes aus: Als im Jahre 1890 der erste Gewerkschaftskongress zusammentrat, handelte es sich darum, die in Zentralverbänden organisierten Arbeiter, die durch das Vereinsgesetz nur als Einzelmitglieder fungieren konnten, zu einer allgemeinen Aussprache zu veranlassen, es wurde dies durch eine entsprechende Resolution des Holzarbeiterverbandes erreicht. Als nach 4 Jahren der zweite Kongress stattfand, konnte man daran gehen, durch praktische Vorschläge die Organisationen fester zu fügen. Hauptsächlich beschäftigte sich dieser Kongress mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung und der Arbeitsnachweise. Erstere Frage ist so ziemlich jetzt in allen Verbänden geregelt, bei Einführung der Arbeitsnachweise scheiterten die Verhandlungen leider meistens am Starrsinn der Unternehmer. Der dritte Kongress beschäftigte sich unter Anderem mit der Zwölfstundentagsfrage, jener gewiß noch Allen in Erinnerung seiender Ueberweisung von Geldern des Zentralverbandes der Industriellen an das Ministerium. Außerdem stand die Frage der Tarifgemeinschaften auf der Tagesordnung und wurde durch eine entsprechende Resolution beschlossen, darin den Berufen freie Hand zu lassen. Auf der Tagesordnung des jetzigen Kongresses stehen als Hauptpunkte das Submissionswesen, die Hausindustrie und Gründung eines Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte. Er erläutert zunächst in kurzen Zügen das Schädigende des jetzt bestehenden Submissionswesens und der damit verbundenen Streiklausel, da es dem Unternehmer durch letztere jederzeit möglich ist, sich seinen eingegangenen Verträgen zu entziehen. Auch wird durch das ganze Submissionswesen schädigend auf die Lohnverhältnisse der Arbeiter hingewirkt, es muß deshalb darauf hingearbeitet werden, daselbe zu beseitigen. Was die Hausindustrie anbelangt, so ist ja allbekannt, was dieselbe für Schäden mit sich bringt, er verweise nur auf unsere letzte Bewegung, wo wir es mit so vielen Fällen zu thun hatten, bei denen zu Hause billiger gefalzt wurde. Ausführlicher geht er auf den Punkt Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte ein und erklärt gleich im Voraus, daß er persönlich nicht auf dem Standpunkt der Hamburger stehe, vor allen Dingen müsse man doch erst einmal die Generalkommission in dieser Frage hören und an der Hand dieser Ausführungen könne man dann weiter berathen. Er liest verschiedene Sätze aus den Festsetzungen einer im August 1898 in Gotha stattgefundenen Versammlung von Gewerkschaftsbeamten und Redakteuren vor, worin die Forderung eines Unterstützungsfonds begründet wird. Er ist gar nicht dagegen, wenn die Betreffenden sich eine Organisation zur Wahrung ihrer Interessen gründen und Unterstützungsstellen einrichten, aber obligatorisch so etwas einführen, würde mancher Organisation schwere Opfer bringen. Auch würde er schließlich leichter zustimmen, wenn die Generalkommission die Sache in die Hand nähme und vielleicht durch Er-

hebung eines jährlichen geringen Beitrags pro Mitglied etwas schaffen würde. Aber wie die Sachen jetzt liegen, würde nur zweierlei Recht geschaffen, denn was wir durch die Gesetzgebung für alle Arbeiter erstreben, käme nur einer Klasse zu Gute. Er wünscht über diesen Punkt eine rege Aussprache in der Debatte.

Kloth ist auch der Ansicht wie Pfütze: man solle keine Ausnahmebestellung für Gewerkschaftsbeamte schaffen, denn habe man einmal angefangen, so würden auch bald die Beamten der Krankenkassen zc. mit ähnlichen Forderungen kommen. Auch er ist der Ansicht, daß man, was für die gesammte Arbeiterschaft erstrebt wird, nicht schon im Voraus einer Kategorie zugestehen soll. Im Weiteren behält er sich vor, seine Stellung in dieser Frage in der Zeitung noch zu präzisieren. Was den Portefeuilleverband anbetreffe, so habe man jedenfalls keine Konkurrenz zu befürchten und solle Jedem in dieser Frage freie Hand lassen.

Früsch ist betreffs Beamtenpension anderer Ansicht wie die Vordröner, er meint, wenn ein tüchtiger Beamter heute inaktiv würde, so würde trotz allen Beschlüssen jedenfalls doch ein Ruhegehalt bewilligt werden. Betreffs des Portefeuilleverbandes wünscht er, daß der Kongress die Frage zurückstellt, damit man erst genügend Erfahrungen sammeln könne, wie derselbe arbeitet.

Damit schließt die Diskussion über diese Sache und hält Herr Pennig hierauf seinen Vortrag, bei dem der vorgerückten Zeit wegen aber nicht mehr die nötige Ruhe bewahrt wird. Hierauf Schluß der Versammlung.

Chemnitz. Mit den vom Verband aufgenommenen statistischen Erhebungen beschäftigte sich eine leider schwach besuchte öffentliche Versammlung der Chemnitzer Kollegen. Nicht einmal alle organisierten Kollegen waren erschienen, die dadurch bekundeten, daß sie die Wichtigkeit und den Nutzen einer Statistik noch nicht begriffen und erkannten haben. Der Referent, Kollege Meichel, entledigte sich seiner Aufgabe (beiläufig gesagt seine Jungferrede) in sehr geschickter Weise. Er kam in seinen Ausführungen zu der Schlußfolgerung, daß nur dort, wo die Organisation stark vertreten ist, wirklich annehmbare Arbeitsbedingungen bestehen, wie ja auch die Interesselosigkeit der großen Masse der Chemnitzer Kollegen daran Schuld trägt, daß solche traurigen Verhältnisse, welche hier noch in Bezug auf Arbeitsbedingungen bestehen, bis jetzt nicht beseitigt werden konnten. An der ziemlich regen Diskussion beteiligten sich auch einige Nichtverbändler. Nach Aufnahme mehrerer Mitglieder erfolgte Schluß der Versammlung.

Dresden. In unserer Versammlung am 12. April sprach Herr Fräßdorf über: „Zweck und Ziele der Gewerkschaften und ihr Einfluß auf unsere soziale Lage.“ Er wies Eingang seines Referats darauf hin, wie durch die Organisation in Staat und Gemeinde nicht dem Sinne dieser entsprechend für alle Staatsbürger bessere und erträgliche Verhältnisse geschaffen werden, sondern nur für die Besitzenden, während für die Mittellosen nichts geschieht. Schon deshalb sind die Letzteren gezwungen, sich in politischen und wirtschaftlichen Vereinigungen zusammenzutun, um auch ihre Rechte wahren zu können. In diesem gerechten und durch Gesetz gewährleisteten Kampfe werden aber die Arbeiter nicht nur nicht unterstützt, sondern direkt behindert; begünstigt doch zum Beispiel der Staat und die Gesellschaft gerade diejenigen Elemente, welche uns in unserem Kampfe, im Streik in den Rücken fallen. Sie unterstützen eine Sorte Menschen, die nicht so viel Ehre und Pflichtgefühl besitzen, im Kampfe mit ihren Kollegen mitzutun und auszuhalten. Schon deshalb müssen wir fortgesetzt bestrebt sein, unsere Mitarbeiter und Arbeiterinnen auf eine Höhe der Moral und Sitte zu bringen, wo Allen ein edles Pflichtgefühl zu solidarem Handeln erfüllen muß. Mit Hilfe unserer Organisation halten wir den Wahlspruch hoch: Durch Kampf zum Sieg! Dem Redner wurde lauter Beifall zu Theil.

Hierauf giebt der Vorsitzende W. Kohl einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung und die Leistungen unseres Verbandes. Er weist auf unsere Erfolge hin und fordert die uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen in treffenden Worten auf, sich uns anzuschließen.

Unter Gewerkschaftliches werden Lohnreduktionen bei der Firma Paul Siß kritisiert. Die Abzüge der Löhne betragen durchschnittlich 25 Prozent. Der Geschäftsführer dieser Firma, der über eine besondere Art von Arbeiterfreundlichkeit verfügt, scheint hierbei nicht die kleinste Rolle zu spielen. Das Vertrauen der Arbeiterschaft hat dieser Herr schon lange verloren. Wir werden uns in nächster Zeit noch eingehender mit diesem kleinen Stumm zu befassen haben. Ein Kollege erwähnt die Verhältnisse der Firma Crisp & Rib, wo vor 3 Wochen gegen 130 Leute aufs Pflaster geworfen wurden, darunter welche, die schon 12 Jahre im Geschäft thätig waren. Die Firma hat sich durch Ankauf mit dem Geschäft Paul Seifert, Zigarrenfabrik, verschmolzen und glaubt jedenfalls mit dem gefügigen Personal letzterer Firma besser auszukommen; auch hier müssen wir sehen, dem durch festen Anschluß an die Organisation einen Niegel vorzuschieben.

Zum Schluß wird auf die Sonnabend den 3. Mai stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht, in welcher die Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongress vorgenommen wird, dabei hat Jeder sein Mitgliedsbuch mitzubringen. Nach Schluß der Versammlung hatten wir eine Anzahl Neuaufnahmen zu verzeichnen; hoffen wir, daß unsere Arbeit gute Früchte tragen möge!

Buchholz. Am 20. April wurde hier eine Zahlstelle des Verbandes gegründet. In einer von etwa 150 Berufskollegen besuchten Versammlung, in der Kollege Albert-Zwizkau über das Thema „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Kartonnagen- und Buchbindergewerbe und wie verbessern wir dieselben?“ in 1 $\frac{1}{2}$ stündigem Vortrag referierte, traten 30 Kollegen dem Verbandsbeirat, nachdem vor etwa 6 Wochen bei der Chemnitzer Agitationskommission, als diese sich in Buchholz befand, mehrere Kollegen ihren Beitritt erklärt hatten. Die Veranstaltung der Versammlung war schon ein Ereignis, denn seit vier Jahren hat in diesem schwarzen Winkel keine Gewerkschaftsversammlung stattfinden können; der Arbeiterbevölkerung ist es seit jener Zeit nicht möglich gewesen, Lokalitäten zu Versammlungen zu erhalten. Diesmal hatte der Wirth des Gasthauses „Deutscher Kaiser“ die Zusage erteilt unter der Bedingung, daß politische Thematika nicht erörtert werden dürfen. Das wurde denn auch leichtens Hergens versprochen und — wir können es jetzt konstatieren — auch gehalten. Ein großes Vereinszimmer war es, in dem die Versammlung, zu der durch Laufzettel und Plakate eingeladen worden war, stattfinden sollte. 11 Uhr war als Beginn derselben angesetzt, doch schon eine halbe Stunde zuvor erwies sich das Lokal als zu klein, weshalb in den schönen geräumigen Saal übersiedelt wurde. 13 Chemnitzer Kollegen, die bei dem sehr herrlichen Wetter das Angenehme mit dem Nützlichen verbunden, waren gekommen und sie hatten es nicht zu bereuen. Mit freundigen Mienen sahen sie die erzgebirgischen Kollegen in den Saal kommen — eine schöne Entschädigung für die Enttäuschung, die sie bei ihrer letzten öffentlichen Versammlung in Chemnitz erleben mußten. Boller Erwartungen war die für erzgebirgische Verhältnisse imposante Zahl der Erschienenen und sie wurden nicht enttäuscht. Der Referent verstand es vortrefflich, den Kollegen an der Hand von statistischem Material zu zeigen, was ihnen noth thut. Er ging ein auf die allgemeinen Berufsverhältnisse, auf die Akkordarbeit mit ihren Schäden, erwoog die Gründe, die von Freund und Feind für und gegen dieselbe geltend gemacht werden, um sie dann als der Abschaffung werth zu bezeichnen. Ferner besprach er die Annaberg-Buchholzer Verhältnisse, unter Benützung des Berichts des Gewerbeinspektors des Bezirkes, daftige Beispiele der Handlungsweise von Fabrikanten, die sich gegen die Arbeiterschutzgesetze vergangen hatten, aufzählend. Weiter verwies er auf die kleinen Vortheile, die den Arbeitern durch das Bürgerliche Gesetzbuch gewährleistet, von den Unternehmern aber möglichst illusorisch gemacht werden, und empfahl zum Schluß den Anschluß der Kollegen an den Verband, durch den allein sie erst ihre Rechte in nachdrücklicher Weise geltend machen könnten. Wiederholt war der Redner durch zustimmende Zurufe und Beifall unterbrochen worden; nicht endenwollende Beifallsbezeugungen folgten aber dem Schluß des Referats, dem sich alsdann eine äußerst

rege Debatte, an der sich erfreulicherweise auch die Buchholzer Kollegen beteiligten, anschloß. Man hörte es aus den einfachen Worten dieser Arbeiter heraus, daß sie die Nothwendigkeit der Organisation erkannt haben, daß es nur des Vorstoßes der Chemnitzer bedurft hatte, die ihrerseits für ihre seit Wochen und Monaten geleistete Vorarbeit den schönsten Lohn darin finden konnten, daß sich am Schluß der Versammlung dreißig Kollegen zum Verband gemeldet hatten. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Buchbinderverband wurde die Versammlung geschlossen. Am Nachmittag unternahm die Kollegen einen Spaziergang nach dem Pöhlberg. — Der Anfang wäre nunmehr gemacht. An den Kollegen ist es nun, das Gehörte in weitere Kollegenkreise zu tragen und kräftig für den Verband weiter zu agitieren. Also Hand ans Werk! Unser jüngsten Zahlstelle Buchholz aber rufen wir ein herzlich Glück auf zu.

Frankfurt a. M. Am 14. April fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in der Hünche den Bericht vom Gantag gab. Er bemerkte, daß der gegebene Bericht in unserer Zeitung (Nr. 14) etwas kurz ausgefallen wäre und daß noch verschiedene Einzelheiten nachzutragen seien. Redner schilderte namentlich die mißliche Lage der hiesigen Arbeiterinnen, deren Stundenlöhne zwischen 11 und 25 Pf. schwanken. Dann besprach er den zu erachtenden Saurarbeitsnachweis, ferner den Vortrag Würzbergers und die angenommene Resolution, welche ein erspriechlicheres Arbeiten zwischen Gau und Zahlstellen ermöglichen sollte wie früher. Ferner begrüßte Redner es, daß alle zwei Jahre ein Gantag abgehalten werden soll, damit die gemeinsame Agitation im Gau besser betrieben würde, und daß endlich einmal eine gründliche Aussprache über die Frankfurter Konferenz stattgefunden, welche verschiedene Momente in anderem Lichte erscheinen ließ, als wie sie von Offenbach allgemein verbreitet würden. Er hoffe, daß die gefaßten Beschlüsse nun das Beste für den Gau bezwecken mögen. In der Diskussion geistelte Steidung hauptsächlich die Heimarbeit und das sogenannte „Schwimmeister-system“ mit seinen traurigen Folgen. Häßler nahm den Gauvorstand gegen die Angriffe in Schutz und führte verschiedene Gründe an, warum die etwaige Vernachlässigung der Geschäfte entstanden sei, theils habe die Ursache hiervon an einem Vorfall in der Familie des Gauvorsitzenden, theils aber an der Interesselosigkeit der betreffenden Kollegen selbst gelegen, was hoffentlich durch die Beschlüsse in Zukunft behoben würde. Buch nahm die Schriftführer des Gantags gegen die Angriffe in Schutz. Bei der Neuwahl des Gauvorstandes wurden nach kurzer Debatte Würzberger, Häßler und Eitel wieder dazu ernannt und dem Verbandsvorstand zur Bestätigung empfohlen. Die Wahl der Delegirten zum Gewerkschaftskongress zeitigte folgendes Resultat. Es erhielten Stimmen: Grünhoff 31, Pfütze 18, Grimm 17, Albert 11. Sodann verlas Hünche ein Schreiben der Preßkommission in der Angelegenheit der „Volksstimme“. Auf Antrag Steidung wurde der Vorsitzende beauftragt, mit Würzberger zusammen nochmals mit Genosse Bernhardt und Buchbindermeister Kremer zu verhandeln. Unter Verschiedenem wurde die Anschaffung von 100 Broschüren, „Der Achtstundentag“ von Rob. Seidel, beschlossen, und sollen dieselben auf Antrag Gast zum Selbstkostenpreis vertrieben werden. Ferner theilte der Vorsitzende mit, daß unsere Generalversammlung am 28. April stattfindet. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Gauau. Am 14. April hielten wir hier selbst eine öffentliche Versammlung ab. Nach einer Anrede des Vorsitzenden Weilhardt, in welcher derselbe bedauerte, daß von ca. 30 unorganisierten Gehilfen und 70 Arbeiterinnen nur 1 Gehilfe und 5 Arbeiterinnen anwesend sind, trotzdem alles aufgegeben worden war, damit dieselben in der Versammlung erscheinen sollen, ertheilte derselbe dem Kollegen Würzberger das Wort zu einem Referat über: Was nützt uns der deutsche Buchbinderverband? Der Redner schilderte die Fortschritte des Verbandes seit seinem Bestehen, er hebt besonders den Nutzen desselben für das einzelne Mitglied hervor, und spricht die Hoffnung aus, daß unser Verband auf die gleiche Höhe kommen möge, wie der Buchdruckerverband es bereits ist, was jedoch

hauptsächlich nur durch eine rege Agitation zu erreichen wäre. Indem er noch betonte, daß es dringend notwendig sei, in der jetzigen wirtschaftlichen Krisis dem Verbandsbeitretenden um bei Arbeitslosigkeit vor der größten Noth bewahrt zu sein und um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, schloß er seinen Vortrag und ersucht die Versammlung folgende Resolution anzunehmen, welche auch einstimmig angenommen wurde:

„Die heute im Saalbau tagende öffentliche Versammlung der Buchbinder zc. erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Da der Deutsche Buchbinderverband auf Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse hinarbeitet und dadurch die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder vertritt, so erklären sich die Versammelten bereit, dem Deutschen Buchbinderverband beizutreten und für dessen Ausbreitung und Kräftigung zu sorgen.“

In der darauf folgenden Diskussion besprach der vom Gewerkschaftskartell entsandte Steindruckere Messinger die traurigen Verhältnisse der hiesigen Arbeiterinnen, besonders derjenigen vom Lande, welche eigentlich nur für die Kost und das Fahrgehalt arbeiten; er sprach im Weiteren den Wunsch aus: Die graphischen Gewerkschaften Hanau möchten sich zwecks eines gemeinsamen Zusammenarbeitens vereinigen, er hätte auch schon den Antrag bei den Steindruckern gestellt, dieselben wären damit einverstanden. Auch in der Versammlung wurde dieser Vorschlag freudig begrüßt, doch bezweifelt Beilhardt, ob die Buchdrucker damit einverstanden wären.

Lang kritisierte die Zustände der hiesigen größeren Firmen, von welchen in einer 5 Kollegen entlassen und dafür ca. 15 Mädchen eingestellt wurden, die bei einem Wochenlohn von 5 bis 8 Mk. billigere und geübtere Arbeitskräfte sind. In einer anderen Firma beträgt der niedrigste Lohn, welcher sogar einem schon mehrere Jahre beschäftigten Kollegen bezahlt wird, 18 Mk., derselbe mußte mit 16 Mk. anfangen, der Höchstlohn ist nur 22,50 Mk.

Goll bedauert die Ungleichgültigkeit der Kollegen und ist der Ansicht, da nur ein Kollege es der Mühe werth hält, in der Versammlung zu erscheinen, daß viele derselben glauben, Lebensstellung zu haben und es deshalb nicht für nötig finden, dem Verbandsbeitretenden. Andere jedoch scheinen mit ihren 14 bis 16 Mk. Wochenlohn zu üppig zu leben und es deshalb nicht nötig zu haben, sich anzuschließen.

Im Schlußwort erklärte sodann Würzberger, daß es nach den Ausführungen der einzelnen Redner dringend notwendig erscheint, daß endlich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für Hanau zu Stande kämen und vor Allen ein annehmbarer Minimallohn festgesetzt würde. Um dieses Ziel erreichen zu können, fordert er die Anwesenden nochmals auf, dem Verband beizutreten. Er verspricht ferner, bei jeder Gelegenheit betreffs Agitation zur Hand und zum weiteren Ausbau der Zahlstelle Hanau behilflich zu sein.

Im Anschluß an die Versammlung wurden ein Kollege und vier Kolleginnen aufgenommen.

München. Am Sonnabend den 12. April fand unsere Generalversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht ist folgendes bemerkenswerth: Es wurden im verfloffenen Quartal eine Generalversammlung, sechs Ausschußsitzungen und sieben Mitgliederversammlungen abgehalten; in letzteren wurde ein Vortrag von Herrn Dr. Sixt über das Thema: „Die Alkoholfrage“, und einer von Arbeitersekretär Timm über „Die Unterstützung der Fabrik- und Gewerbeinspektoren durch die Arbeiter“ gehalten. Der Mitgliederbestand zeigt folgendes Bild: Bestand vom 4. Quartal 535 Mitglieder; davon sind 295 männliche und 240 weibliche, abgereist 21 männliche und 1 weibliche Mitglied, ausgetreten 6 männliche und 34 weibliche, eingetreten 18 männliche und 27 weibliche, übergetreten 3, zugereist 6. Ausgeschlossen wurden nach § 14 a 21 männliche und 24 weibliche, Gesamtverlust 50 Mitglieder, jetziger Bestand 277 männliche und 208 weibliche Mitglieder. Der Kassenbericht stellt sich folgendermaßen: Einnahmen der Verbandskasse 1401,60 Mk., Ausgaben 1417,74 Mk., Ausgaben 392,48 Mk., bleibt Kassenbestand vom 1. April 1025,26 Mk. Die Revisoren bestätigten den richtigen Befund der Kasse und wurde

dem Kassirer Decharge ertheilt. Hierauf gab Dittrich den Bericht vom Arbeitsnachweis und Kaudl den Bibliotheksbericht. Bemerkte sei hierbei, daß unser Arbeitsnachweis sehr unter der gegenwärtigen schlechten Geschäftskonjunktur zu leiden hat. Nachdem werden die bisherigen Kartelldelegirten Hornigl und Kiemle als solche wiedergewählt. Unter Verbandsangelegenheiten hatten wir vorerst über Gauangelegenheiten zu verhandeln. Nach längerer Diskussion wurde von Dittrich folgender Antrag gestellt: „Die Zahlstelle München beauftragt den Gauvorstand, umgebend Schritte zur Anberaumung einer Besprechung vornehmen zu wollen. Als Ort derselben wird München vorgeschlagen, ohne jedoch den anderen Zahlstellen hierin bindende Vorschriften machen zu wollen“. Dem Antrag wurde von den meisten Mitgliedern beigestimmt. Hierauf wurde als Ersatz für unsere abgereiste Beisitzerin, Fräulein Kirchner, Frau Bachmayr gewählt. Dittrich hielt sodann ein kurzes Referat über die Organisation der Hilfsarbeiterinnen in Buch- und Steindruckereien. Er tadelt besonders die Machinationen des hiesigen Vorsitzenden, des Steindruckers Schmid. Nach einer sehr lebhaften Debatte wurde von Hornigl der Antrag gestellt: „Zur Erstarfung der Organisation der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen an den Zentralvorstand derselben nach Berlin einen Bericht zu senden, im Weiteren den Weisungen unseres Verbandsvorsitzenden zu folgen; die jetzigen bei uns aufgenommenen Buch- und Steindruckereihilfsarbeiterinnen zu behalten und weitere Aufnahmen der Organisation der Hilfsarbeiterinnen zu überweisen.“ Von Kiemle wurde noch der Zusatz gemacht: „Wünscht jedoch eine Hilfsarbeiterin speziell bei uns aufgenommen zu werden, so soll dieselbe nicht abgewiesen werden.“ Diese Anträge wurden angenommen. Unter Verschiedenem wurde noch auf die Maifeier, sowie auf die politische Organisation aufmerksam gemacht, da von 17 000 gewerkschaftlich Organisirten nur 2000 politisch organisiert seien. Nachdem der Vorsitzende der Krankenkasse, Starke, auf das am 19. stattfindende Stiftungsfest und der Vorsitzende auf das Zirkuliren der Listen für die Schneider aufmerksam gemacht hatte, war Schluß unserer Generalversammlung.

Berichtigung. Von der Firma Bremer & Keller in Berlin geht uns abermals eine Berichtigung zu, und zwar im stattlichen Umfang von etwa fünf Quartseiten. Gleichzeitig trafen zwei Briefe vom Personal ein, einer vom Vertrauensmann und einer von drei Arbeiterinnen unterzeichnet, in denen eine Richtigstellung gegeben wird, die aber, wie uns von anderer Seite bereits mitgeteilt worden ist, unter sehr eigenthümlichen Umständen zu Stande gekommen sein soll. Da der Vertrauensmann in Berlin seine Behauptungen aufrecht erhält, so lehnen wir die Veröffentlichung der Berichtigungen ab und lassen den angebrohten Dingen ihren Lauf.

Soziale Rechtspflege.

Want-Wilhelmshaven. Vor die Schranken des hiesigen Gewerbegerichts war am 14. d. M. der bekannte schlagfertige Buchbinderbesitzer Brunstermann auf Veranlassung eines Kollegen geladen. Betreffender Herr fühlte sich bemüßigt, die Feiertage vom Wochenlohn abzuziehen. Drei Kollegen, sämtlich Verbandsmitglieder, finden dort Beschäftigung. Der vor etwa 5 Wochen daselbst in Arbeit getretene Kollege C. Kehler legte beim Meister wegen dieser Abzüge der Feiertage Protest ein. Herr Brunstermann war nach einigen Auseinandersetzungen schließlich damit einverstanden, daß das Gewerbegericht darüber entscheiden sollte, ob er dazu verpflichtet sei.

Am 14. d. M. war Termin. Wegen Krankheit war Herr Brunstermann am persönlichen Erscheinen verhindert und trat als Vertreter desselben seine Ehefrau vor Gericht auf.

Das Gericht hat entschieden, daß Brunstermann die Feiertage zu bezahlen hat.

Hoffentlich wird Herr Brunstermann so anständig sein und seinem übrigen Personal sämtliche Feiertage nachbezahlen. Wie wir jedoch erfahren, will Herr Brunstermann nun seine Gehilfen im Stundenlohn beschäftigen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht ver säumen, die auswärtigen Kollegen darauf aufmerk-

sam zu machen, daß, falls sie hier Arbeit annehmen wollen, erst bei der hiesigen Zahlstelle Erkundigungen einzuholen sind.

Winter s.

Literarisches.

„Die Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (Stuttgart, Dieß Verlag), erscheint in wöchentlichen Heften à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 29.

„Soziale Praxis“, Zentralblatt für Sozialpolitik. (Herausgeber Dr. Ernst Franke in Berlin.) Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. Erscheint jeden Donnerstag. Preis vierteljährlich 2,50 Mk. Erschienen ist Nr. 28.

Abrechnungen

vom 1. Quartal 1902 sind vom 16. bis 22. April bei der Verbandskasse eingegangen: Von Aachen mit 35,52 Mk., Altenburg 114,28 Mk., Dresden 374,89 Mk., Erfurt 92,50 Mk., Glogau 43,07 Mk., Gelsenkirchen 36,15 Mk., Köln 88,50 Mk., Kottbus — Mk., Leipzig 2400 Mk., Ludwigshafen 45,35 Mk., Neu-Müppin 62,60 Mk., Nürnberg 400 Mk., Regensburg 67,18 Mk., Schwerin 69,01 Mk., Straßburg — Mk., Gau 9 101,22 Mk., Gau 12 45,72 Mk. und vom Gau 13 mit 153,98 Mk.

G. Sancenien.

NB. Die nach dem 1. April eingegangenen Gelder kommen erst im 2. Quartal als „an die Verbandskasse eingekandt“ zur Verrechnung.

Briefkasten.

Des Maifesttages wegen ist für die nächste Nummer am Montag Redaktionsluß. Postabonnent in Berlin. Bei unregelmäßiger Zustellung der Zeitung wollen Sie sich, bitte, nur an die Post wenden, sie allein trägt in diesem Falle die Verantwortung. Die Bestellung Ihres Abonnements ging mir übrigens erst am 17. d. M. von der Post zu.

B. F. in G. Sofort nach Empfang der Karte abgefaßt.

Chr. F. in M. L. trifft keine Schuld, es war ein Irrthum meinerseits.

P. F. in G. Schicken Sie nur, bitte, dann werden wir ja sehen, was damit anzufangen ist.

C. G. in S. Mit Müß und Noth noch diesen Bruchteil des Artikels hineingebracht.

Wegen des kolossalen Stoffandranges mußten Rundschau und Feuilleton unterbleiben und diverse Artikel zurückgestellt werden.

Abänderungen im Adressverzeichnis.

Adressen der Gau Bevollmächtigten.

Gau XVII. Bayerische Regierungsbezirke Niederbayern, Oberbayern und Schwaben.
Gauvorort München: Jakob Leiseder, München, Dettlingerstraße 82 II. (Vertrauensmann für Freising: Aug. Klaus, Gafst. „Zum Strichen“; für Landshut: Jos. Wessely, Martinsriedhof 142.)

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Hamburg: Friedr. Küster, Altona, Bohmühlenstr. 15 II.

Anzeigentheil.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingeschr. Hilfsk.) Sitz Leipzig. [3.00]

Verwaltungsstelle Stuttgart.

Samstag den 26. April, Abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Saal II, Göttingerstraße

Vierteljähr. Hauptversammlung

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Stellung event. Anträge zur Generalversammlung in Berlin.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen wünscht

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Sonntag den 27. April, Vormittags 11 Uhr, im Kassenlokal, Jakobstraße 17

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Die bevorstehende Generalversammlung event. Anträge hierzu.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Stuttgart.

Samstag den 26. April, Abends 1/9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Eplingerstraße, Saal I

General-Versammlung.

255] Tagesordnung: [1.70

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Wahl der Delegierten z. Gewerkschaftskongress.
3. Neuregelung der Kontrolle der Arbeitslosen.
4. Erledigung event. Anträge.
5. Verschiedenes und Fragekasten.

Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen, damit die Versammlung genau 1/9 Uhr eröffnet werden kann.

Der Vorstand.

Zahlstelle Berlin.

Dienstag den 29. April, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal des „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15

Ordentliche General-Versammlung.

256] Tagesordnung: [2.90

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Ergänzungswahl z. Ortsverwaltung.
3. Neuwahl des Gauvorstandes.
4. Die Maifeier.
5. Antrag des Mitgliedes Stanofski: „Erhöhung des wöchentlichen Beitrags um 5 Pf. pro Mitglied.“
6. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! Da diese Versammlung für alle Mitglieder von weittragender Bedeutung ist, so richten wir an sämtliche Verbandsmitglieder das dringende Ersuchen, in dieser hochwichtigen Versammlung vollständig und pünktlich am Platze zu sein. Mitgliedersbuch legitimiert!

Die Versammlung wird punkt 1/9 Uhr eröffnet.

Um schnelligste Abrechnung der Matinee-Billets wird dringend gebeten.

Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Hamburg.

Sonnabend den 3. Mai, Abends präzise 8 1/2 Uhr, im Rest. „Karlsburg“, Schopenstehl 11, am Fischmarkt

Mitglieder-Versammlung.

257] Tagesordnung: [1.80

1. Vortrag des Kollegen C. Grimm: „Unsere Verbandsstatistik in Parallele zu der Berufszählung des Deutschen Reiches vom Jahre 1895.“
2. Stellungnahme gegenüber den Angriffen der Generalkommission.
3. Interne Vereinsangelegenheiten.

Das allseitige und präzise Erscheinen der Mitglieder erwartet

Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonnabend den 10. Mai im Saale des neubauten

„Gewerkschaftshaus“, Rosinenstraße 3

III. Stiftungsfest,

bestehend in Gesangsaufführungen

258] und [3.20

humoristischen Vorträgen.

Zeitrede • Großer Ball • Verlojung.

Billets à 25 Pf., an der Kasse 30 Pf., sind zu haben bei den Mitgliedern, im Bureau bei Bergmann, Berlin, Engel-Ufer 15, sowie in den mit Plakaten belegten Lokalen.

10] Anfang, 8 Uhr.

Herrn, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. Um zahlreiche Teilnahme bittet

Das Komitee.

NB. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß das Fest nicht am 26. April, sondern 10. Mai stattfindet.

Herausgegeben vom Verband durch A. Dietrich, Stuttgart.

Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Albumarbeiterin [1.20
Helene Zimmermann
verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
259] Die Ortsverwaltung.

Meinem Lieben Freunde und Kollegen [0.60
Wilhelm Badali
zu seinem 21. Wiegenfeste die besten Glückwünsche von seinem Freunde und Kollegen
260] M. Barthelmann.
Wir warnen hiermit jeden Kollegen vor dem Buchbinder 261] [0.60
August Ehlers aus Stubben i. L.
Mehrere Kollegen der Zahlstelle Kiel.

Berlin. Maifeier. Berlin.
Donnerstag den 1. Mai, Vormittags 10 Uhr
in Steherts Festsälen, Andreasstr. 21

Grosse öffentliche Versammlung
der in Buchbindereien, Kontobuch-, Federgalanteriewaaren-, Glanz-, Album-, Luxuspapier- und Kartonfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
262] Tagesordnung: [4.40
„Die Bedeutung des 1. Mai.“ Referent: **Genosse Paul Dupont.**
Kollegen und Kolleginnen! Wer den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern kann, ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen. Wir ersuchen dringend alle Feiernden, an diesem Vormittag keine Ausflüge zu unternehmen.
Die Vertrauenspersonen sämtlicher Branchen.

Marmorirkursus.
Die Kollegen Deutschlands (alle Zahlstellen), die das Marmorieren erlernen wollen, wenden sich gütigst an ihre Herren Bevollmächtigten, um die Bedingungen u. f. w. zu erfragen. Die Zirkulare nebst einigen Marmorirmustern habe ich an alle örtliche Bevollmächtigte per Post eingesandt und ersuche dieselben höflichst, bei der nächsten Versammlung diese den Kollegen bekannt zu geben.
Mit kollegialem Gruß
Joseph Hauptmann, Marmorirlehrer,
Gera, Kasernenstrasse 12.
Zugleich empfehle ich meine neueste 2. Auflage: Hauptmann, „Die Marmorierkunst und die Behandlung der neuen Bronzearten“. Unentbehrliches Hilfsbuch für jeden Buchbinder, 8°, 4 Bogen stark mit 26 selbstmarmorirten und theilweise Bronze- und gelatinirten Mustern in Größe 7:5 Ctm. Preis franko 2 Mk. 263] [5.00

Statistische Erhebungen
in den Buchbindereien und verwandten Berufen Deutschlands vom Jahre 1900 sind in Form einer 252 Seiten starken Broschüre erschienen.
Für Verbandsmitglieder zu beziehen durch die örtlichen Bevollmächtigten zum Preise von 25 Pf. (exkl. Porto).
Bei direkter Zusendung durch das Verbandsbureau, Sophienstraße 10 I, für Mitglieder 45 Pf., für Nichtmitglieder 1,20 Mk. (inkl. Porto).

Kaffee Siebert (Inhaber Paul Schmalte)
Hauptverkehr der Buchbinder, 264] Berlin, Sebastianstraße 42. [1.20
Kaffee 10 Pf. — Schultheißbier 10 Pf.
Warme Speisen zu jeder Tageszeit.
Franz. Billard. — Große Auswahl Zeitungen.
Wetterfeste Filz- u. Lodenhüte
(Keine Regentropfen sichtbar!)
empfehl't äußerst billig [1.40
E. Schneckenburger,
265] Gewerkschaftshutmacher,
Stuttgart, 20 Rothebühlstraße 20.

Werkzeug-Klement,
266] Leipzig, Seeburgstr. 36. [1.40
Älteste und beste Bezugsquelle praktisch bewährter Werkzeuge für Buchbinder.
Aufforderung!
Den Buchbinder **David Goldberg** in Stuttgart fordern wir hiermit öffentlich auf, sein im Jahre 1896 gegebenes Versprechen einzulösen.
Diese Aufforderung erscheint so lange in unserer Zeitung, bis wir befriedigt sind.
Nähere Auskunft ertheilt: 267] [0.90
Stuttgart. **Bernhard Berger, Emil Zöhler.**

Spezial-Geschäft Herren-Hüte.
Federleichte, sowie wetterfeste Filzhüte, [1.60
garantirt gut tragend,
Hochzeithüte von Mk. 4 an.
Konfirmanden-Hüte von Mk. 1.50 an.
L. Flühr, Stuttgart, Rothebühlstr. 14.

Empfehle allen Freunden und Genossen mein
Weiß- & Bayerisch-Bierlokal
nebst Vereinszimmer für 40 Personen und Franz. Billard. [2.00
Für gute Speisen und Getränke ist bestens geforgt.
Gemüthlicher Aufenthalt. **Telephon Amt 4 a 6591.**
269] **Gustav Ladewig,**
Berlin, Kommandantenstraße 65,
Zahlstelle des Verbandes und der Hilfskassentasse.
Druck von J. S. W. Diez Nachf. (G. m. b. H.) in Stuttgart.